

Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung  
Schlüchtern



An den  
Stadtverordnetenvorsteher,  
Herrn Joachim Truss  
Im Rathaus, Krämerstraße 2  
36381 Schlüchtern

**Betrifft:**

**Beauftragung des Bauausschusses, verbindliche Leitlinien bzw. Prüfkriterien für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich der Gemarkung Schlüchtern zu erstellen.**

Sehr geehrter Herr Truss,

wir beantragen nach §12, Absatz 2, der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und ihre Ausschüsse:

Den dafür zuständigen Bauausschuss mit den Beratungen für verbindliche Leitlinien bzw. Prüfkriterien, für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaik im Außenbereich der Gemarkung Schlüchtern zu beauftragen.

Für diese Beratungen sollen dem Bauausschuss externe, lokale Expert:innen aus Landwirtschaft, Tourismus, Kommunalrecht, Wirtschaft und Ökologie beigestellt werden.

Die festgelegten Leitlinien und Prüfkriterien sollen die Kommune in die Lage versetzen, rechtssicher zu entscheiden, auf welchen Freiflächen ein Solarprojekt als verträglich eingeschätzt werden kann und ob der Nutzen für die Erzeugung regenerativer Energien überwiegt.

Die Ergebnisse der Beratungen sind mit dem Magistrat abzustimmen und der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorzulegen.

Die in Gründung befindliche städtische Energie-GmbH soll die so beschlossenen Kriterien in ihre Satzung übernehmen.

**Begründung:**

Schlüchtern hat sich dem Klimaschutz verpflichtet und ist dem Bündnis „Hessen aktiv: Die Klimakommunen“ beigetreten.

Auf dem Gemeindegebiet von Schlüchtern wird bereits erneuerbare Energie gewonnen; hauptsächlich durch Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen (PV) auf privaten Dächern und wenigen kommunalen Dachflächen. Dazu zählen auch die Freiflächen-PV-Anlagen auf Gewerbeflächen und im Solarpark Hohenzell.

Im Sinne des Klimaschutzes und des erforderlichen Ausbaus der erneuerbaren Energien wird sich Schlüchtern dem weiteren Ausbau für erneuerbare Energie nicht entgegenstellen.  
PV-Anlagen auf Freiflächen leisten einen erheblichen und wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Energie- und Klimakrise und sollten darüber hinaus, nachhaltig signifikante Beiträge für den städtischen Haushalt generieren.

**Um möglichst großen Rückhalt in der Bevölkerung zu garantieren und um einem „Wildwuchs“ an Freiflächen-PV-Anlagen auf Schlüchterns Gemeindegebiet vorzubeugen, sind klare Vorgaben und Kriterien rechtssicher aufzustellen und zu veröffentlichen.**

Der Ausbau von PV-Flächen im Außenbereich der Kommune erfordert ein - in der Regel vorhabenbezogenes - Bauleitplanungsverfahren (Bebauungsplan, Änderung Flächennutzungsplan) im Rahmen der baurechtlichen Zulässigkeit (der Raumordnung des Regionalplans).

Für den begrüßenswerten Ausbau erneuerbarer Energien z.B. als Freiflächen PV Anlagen in Außenbereichen Schlüchterns muss es, ergänzend zu den baurechtlichen Vorgaben verbindliche kommunale Leitlinien und Prüfkriterien geben, die in der Gesamtschau aller Kriterien abwägen, ob das Solarprojekt als verträglich eingeschätzt wird und ob der Nutzen für die Erzeugung regenerativer Energien überwiegt.

(Im Sinne des HEG: „liegt die PV-Freiflächenanlage im öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit“).

Anträge Dritter, auf Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Außenbereich der Stadt Schlüchtern, sollen in naher Zukunft über eine städtische Energie GmbH satzungsgemäß geprüft und gesteuert werden. Der Stadtverordnetenversammlung werden diese Vorhaben abschließend zur Beratung und Abstimmung vorgelegt.

Für die Einleitung eines vorhabenbezogenen Bauleitplanungsverfahrens zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich von Schlüchtern wären folgende Kriterien zu prüfen: (die an dieser Stelle in Form möglicher Überschriften erscheinen und genauer ausgearbeitet werden müssen).

*wie z.B.*

1. Sichtbarkeit / Landschaftsbild / Blendwirkung
2. Landwirtschaftliche Qualität der Böden/ Landwirtschaftliche Doppelnutzung der Böden
3. Natur- und Artenschutz-Verträglichkeit
4. Regionale Wertschöpfung / Wahrung kommunaler Interessen
5. Berücksichtigung der Siedlungsentwicklung
6. Zuverlässigkeit des Projektbetreibers /geprüft durch städtische Energiegesellschaft
7. Netzanbindung/ geprüft durch städtische Energiegesellschaft
8. Rückbauzusicherung garantiert durch städtebaulichen Vertrag

Gerd Neumann  
Fraktionsvorsitzender, B90/Die Grünen

Schlüchtern, 29.06.2023

## Anhang

Die gesetzlichen Regelungen für den Ausbau erneuerbarer Energien sind im EEG (Bundesgesetz: Erneuerbare Energiegesetz vom 01.07.22) und dem

**Hessischen Energiegesetz (HEG vom 05.07.22)** geregelt.

**Aus der Präambel:\***

„Die Erreichung der Klimaneutralität sowie die Deckung des Energieverbrauchs von Strom und Wärme zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen wird nun bis zum Jahr 2045 festgeschrieben und muss daher fünf Jahre früher als bisher geplant erreicht werden. Damit wird dem Klimaschutz-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts und der damit einhergehenden Änderung des KSG Rechnung getragen.“

„Die Ziele des HEG werden ergänzt um die Nutzung der Windenergie in einer Größenordnung von 2 Prozent der Fläche des Landes Hessen und die Nutzung von Photovoltaikanlagen in einer Größenordnung von **1 Prozent der Fläche des Landes Hessen**. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, wird im HEG verankert, dass diese **im öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.**“

**B Besonderer Teil**

**Artikel 1 (Änderung des Hessischen Energiegesetzes)**

**Zu Buchst. a (Zu § 1 Abs. 1)**

„Durch die Ergänzung des Satz 1 wird die Erreichung der Klimaneutralität als Ziel des HEG aufgenommen. Neues Zieljahr ist 2045. Diese Änderung ist aufgrund der geänderten energie- und klimapolitischen Zielsetzungen auf Bundes- und Landesebene sinnvoll und erforderlich. Weiterhin wird in Satz 2 der Wille der Landesregierung geäußert, Photovoltaikanlagen in relevantem Umfang in Hessen zu installieren.

**Zur Erreichung dieses Ein-Prozent-Flächenziels tragen sowohl Photovoltaikanlagen auf Dächern als auch Photovoltaikanlagen auf Freiflächen bei.** Auf 1 % der Landesfläche könnten bei herkömmlicher Technik etwa 16 Gigawatt PV installiert werden. Damit könnten etwa 15 Terawattstunden Strom pro Jahr erzeugt werden. Bei der Nutzung etwaiger Dachflächen für Photovoltaikanlagen verringert sich der Anteil der notwendigen Photovoltaikanlagen auf Freiflächen entsprechend. Beispielsweise bedürfte es bei einem geschätzten „50-%igen Nutzungsgrad des Dachflächen-Potentials (entspricht circa 0,5 % der Landesfläche) noch etwa **0,75 % der Landesfläche für PV-Freiflächenanlagen**, um in Summe 1 % der Landesfläche zu erreichen.“

\* Hessischer Landtag · 20. Wahlperiode · Drucksache 20/8758